

Posener Zeitung.

Nº 103.

Sonnabend den 4. Mai.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Einladungen zu d. Fürstencongr.; Vorherrschen d. Deutschen Ges. nun in Berlin; d. Fürstencongress in Berlin; d. Kardinal-Angeleg.; Verlängerung d. Interim; Zusammenkunft d. Russ. u. Oesterl. Kaisers in Warschau); Erfurt (d. Streit d. Journalisten u. d. Herrn v. Bismarck); Köln (Proz. geg. Kinkel u. Genossen); W. d. Weitels (d. Bischof v. Ermland in d. Eidesfrage); Wesel (Proz. d. Iserlohn; Maiangell.); Hanau.
Frankreich. Paris (Zudrang zu d. Wahlen; socialist. Einigung; beschriftet; Eugen Sue gewählt).
England. London (Berfamml. d. National-Reform-Association; Red. Cobden's).
Locales. Posen; Gnesen.
Musierung v. vln. Zeitungen.
Anzeigen.

Berlin, den 3. Mai. Se. Majestät der König haben Allergrädigst geruht: Dem Haupt-Bank-Assessor, Rechnungsrath Woywod in Berlin, dem praktischen Arzt Dr. Kühlbrandt in Zinnowrae law, und dem Oberlehrer Dr. Robert Schneider am Waisenhouse zu Bunzlau, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Förster Schallmann zu Pantimber in der Obersförsterei Padroyen, Regierungsbezirk Gumbinnen, und dem Schulzen Bitting zu Garzen im Saalkreise, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Durchlaucht der Herzog von Ratibor und Fürst von Corvey, Se. Durchlaucht der Fürst Karl Egon von Fürstenberg, und Se. Erzherzog der Oberburggraf im Königreich Preußen, von Brünnick, sind von Erfurt, und der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen, von Möckern hier angekommen. — Der Hof-Jägermeister von Pachelbl-Gehag ist nach Karlsbad abgereist.

Deutschland.

○ Berlin, den 1. Mai. Die Einladung zu dem beabsichtigten Kongress der unierten Fürsten geht von Preußen aus. Die betreffenden Schreiben sind bereits ausgefertigt, gehen aber hente noch nicht ab. Als Ort der Versammlung ist vorläufig Gotha festgesetzt; ein definitiver Beschluss ist aber in dieser Beziehung noch nicht gefasst, und es wäre auch möglich, daß eine andere Stadt gewählt würde. Hier giebt man sich der Hoffnung hin, daß der persönliche Verkehr der Fürsten das Bündnis befestigen, — daß mancher Zweifel und manche Besorgniß schwinden und die Politik Preußens vollständig siegen werde. Treten die Fürsten im Wesentlichen den Beschlüssen des Erfurter Parlaments bei, und gelingt so die Vereinbarung, dann ist für Preußen und Deutschland ein Resultat erreicht, das man nicht zu gering anzuschlagen muß, weil im vorigen Jahre ein größeres geboten schien. Der Faden der Frankfurter Nationalversammlung ist festgehalten, das Heilsame und den gegenwärtigen Verhältnissen Angemessene ihres Verfassungswerkes ist geblieben und ein Gebäude errichtet, das in günstiger Zeit zu einem Hause für alle deutschen Stämme ausgebaut werden kann. Wahrlieb, keine zu verachtende Errungenschaft für Preußen, das die Führung eines großen Theils von Deutschland, und damit einen festen Punkt gewonnen hat, von welchem sein Einfluß weiter und weiter ausgedehnt werden kann. — Einer und der andere Korrespondent sucht von hier aus die Meinung zu verbreiten, daß in Berlin die deutsche Gesinnung von der einseitig schwarz-weißen überwuchert werde. Dies ist keineswegs der Fall. Den Beweis des Gegentheils liefert unter andern die höchst beifällige Aufnahme, die ein Vortrag des Historikers Prof. Adolph Müller in einer Versammlung der konservativen Bezirke des Potsdamer Thores und der Leipziger Straße (bekanntlich zu den intelligentesten in Berlin gehörend!) gefunden hat. Der Redner sprach über die Freiheitskriege, über die Erledigung und Erhebung Preußens. Er wies dabei nach, daß Friedrich der Große mit seiner preußischen zugleich eine wahrhaft deutsche Politik befolgt habe, und daß, als man später davon abgewichen, die Strafe nicht auf sich habe warten lassen. Dann führte er aus den Dichtern der damaligen Zeit den Beweis, daß man die Kämpfe des Jahres 1813 in Preußen wesentlich als einen Kampf für die Einheit Deutschlands angesehen habe.

○ Berlin, den 2. Mai. Wenn ich gestern meldete, daß für den Fürstencongress in Beziehung auf die Erfurter Angelegenheit der Ort noch nicht definitiv feststehe, so kann jetzt aus autentischer Quelle berichtet werden, daß in dem gestrigen Ministerrat der Beschluss gefasst worden ist, bei der gebieterischen Rothwendigkeit der Eile sich für Berlin zu entscheiden und die Zusammenkunft auf den 8. Mai festzusetzen. Die schon bereitliegenden Schreiben an die Fürsten der Union sind folglich abgegangen, da man nur die für den Ort offengehaltene Lücke auszufüllen brauchte. Gleichzeitig ist Befehl gegeben worden, die Gemächer des hiesigen Schlosses für die Aufnahme der 22 Fürsten einzurichten. Der Gegenstand der Verhandlungen wird zunächst das Erfurter Verfassungswerk sein; demnächst aber wird man Entschließungen fassen über diejenigen gemeinsamen Schritte, die man gegenüber der Oesterreichischen Einladung zu einem Deutschen Kongress in Frankfurt am 10. Mai zu thun habe.

Ein vertraulicher Brief eines der Kurhessischen Regierung nahestehenden Mannes an einen hiesigen hochgestellten Beamten giebt wiederum zu erkennen, daß ein Abfall Kurhessens sehr unwahrscheinlich sei und nach dem Glauben des Hessischen Volkes selber zum Unheil des Landes gereichen würde.

Die Kardinal-Angelegenheit macht hier noch immer sehr viel von sich sprechen und wird von den Oppositions-Journalen in der feindlichsten Weise ausgebeutet. Es ist in der That höchst verdächtlich, daß in einem Moment, wo die achtdeutsche Politik Preußens auf eine leuchtende Weise alle Rauchwolken durchbricht, eine kleinliche Angelegenheit von Neuem dazu dienen muß, Zweifel und Misstrauen zu er-

regen. Dies giebt der Sache gegenwärtig für die Deutsche Presse allerdings eine Wichtigkeit und nötigt auch mich noch einmal darauf zurückzukommen. Es handelt sich in der That bloß um den Kassenpunkt. Weil die ganze Kardinalssache in dem Budget des Kriegsministeriums nicht angesezt ist, so blieb nur übrig, die erforderlichen Kosten, die übrigens nicht so gering sind, als man denken sollte, von den Verpflegungsgeltern zu bestreiten. Dieser Umstand soll bei dem König selbst Bedenken erregt haben, und so lag es denn nahe, auf die möglichste Ersparniß bedacht zu sein. Es muß vor allen Dingen wiederholt werden, daß an den Helmen selbst keine Aenderung eingetreten ist, daß also die Preußischen Regimentsbefehle einen ganz anderen Sinn haben, als der denselben Gegenstand betreffende Hannoversche Armeebefehl. In der That muß man annehmen, daß eben das ungünstliche Zusammentreffen der ganz untergeordneten Preußischen Verwaltungsnormenregel mit der Hannoverschen Demonstration auf jene einen so bösartigen Schein geworfen hat.

Berlin, den 2. Mai. Unsere Regierung hat bis jetzt auf den Protest Oesterreichs gegen die von Preußen mit andern deutschen Staaten eingegangenen Militär-Conventionen noch nicht geantwortet. — Es scheint fast keinen Zweifel mehr zu unterliegen, daß Oesterreich auf den Vorschlag Preußens, die provisorische Bundes-Kommission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, als reine Verwaltungs-Kommission, im Interesse aller deutschen Staaten fortbestehen zu lassen, eingegangen, und in Folge davon das Interim vom 1. Mai ab auf zwei Monate verlängert worden ist. — Während für den Norden Deutschlands ein Fürstentkongress bevorzustehen scheint, verbreitet sich von Warschau aus das Gerücht, daß die beiden Kaiser. Kronenträger in Krakau zusammenzutreffen beabsichtigen, was jedoch erst nach der Rückkehr des Kaisers von Oesterreich aus Triest (und vielleicht Italien) stattfinden kann, — eine Reise, die immer noch wegen Kabinetsarbeiten verschoben wurde, aber nun für die zweite Woche dieses Monats angekündigt wird. — Nachrichten aus Warschau melden, daß man der Ankunft des Kaisers Nikolaus daselbst am 7. Mai entgegensehe und alle Verbereitungen zu dessen Empfang treffen. In Folge der jüngsten Verhaftungen daselbst ist die Ertheilung von Pässen fast ganz eingestellt worden; nur einige Kaufleute und wenige Ausländer waren in jüngster Zeit so glücklich, deren zu erhalten. — Es erregt eine freudige Theilnahme, daß, dem Vernehmen nach, die Verschiedenheit der Ansichten über den Verfassungscid. Seitens der Regierung und der Bischöfe, in Westfalen und der Rheinprovinz auf dem besten Wege ist, in Folge der wechselseitigen Verständigungen baldigst ausgeglichen zu werden. — Der neu gewählte Stadtrath Werner ist zum Assessor bei dem hiesigen männlichen Domestikenverein ernannt. Es ist dies eine ganz neue Charge, welche der Magistrat auf Antrag des Vereins selbst geschaffen hat. Das Polizeipräsidium, dessen Consens vorher dazu eingeholt ward, fand nichts zu erinnern. Es befindet sich darin ein sehr erfreuliches Zusammenwirken beider Behörden in Betreff der Fürsorge für das Wohl der sogenannten dienenden Classe. — Das Hof- und Staatshandbuch für den preußischen Staat, welches früher alle 2 Jahre erschien, aber durch die inzwischen eingeretretenen großen Staatsveränderungen seit 1848 eine Unterbrechung erlitten hatte, wird erst für 1851 und zwar unter der Redaktion des Geh. Ober-Finanzrath Gostenoble wieder ausgegeben werden.

— Wie verlautet, hat der Minister die Ober-Präsidien zunächst zu Vorschlägen wegen Bildung einer provisorischen Kreisvertretung aufgefordert und sollen deren auch bereits eingegangen sein.

Erfurt, den 28. April. Unter diesem Datum erklärt ein Correspondent der Reichszeitung das Verfahren der fünfzehn Journalisten gegen das Präsidium des Volkshauses in dem Bismarckschen Handel (vergl. den Art. Erfurt den 27. in No. 101. Pos. Btg.), welchen nicht von deren Erf. Correspond. herührt, sondern einer Correspondent der Nat. Z. entnommen ist) für völlig ungerechtfertigt. Den Herren von Bismarck und Pfeiffer war gemeinschaftlich ein Departement übertragen. Da sie beiden Seiten des Hauses angehörten, konnte das Präsidium von Ertheilung besonderer Instruktionen abssehen und darauf rechnen, daß in zweifelhaften Fällen wohl eine Meinungsverschiedenheit eintreten und sie den Gegenstand vor den Gesamtvorstand bringen würden. Während einer Abwesenheit des Herrn Pfeiffer erließ nun Herr von Bismarck, in einer unrichtigen Auffassung seines Mandats ein in der Form nicht beleidigendes Schreiben an Herrn Roerdanz. Dieser wählte den geeigneten Weg der Beschwerde an das Präsidium, und dieses erkannte die Beschwerde für begründet, hob den Effekt der Bismarckschen Verfassung auf und teilte Herrn Roerdanz mit, daß die Beschwerde ihre Erledigung gefunden habe. Dies wußten die 15 Journalisten (unter denen sich Herr Roerdanz selbst befindet!), ihre ganze Ausführung gegen den Inhalt des Schreibens des Schriftführers war also, in einem Protest gegen das Verfahren des Präsidiums überflüssig. Auch die vom Schriftführer Bismarck Herrn von Rochau gegenüber gewählte Form war, wenn auch geschäftsmäßig kurz, doch keineswegs beleidigend. Rochau's Antwort war in der That verleidet. Die gesuchte Art, mit der er sich die Mühe gab, sie ihm in eigenhändig genommener Abschrift noch zuzustellen, schwärkte die Verleidung durch die Absichtlichkeit. Unwahr ist es, daß auf ein privates Schreiben privatim geantwortet worden. Bismarck hatte als Schriftführer des Volkshauses geschrieben und Rochau seine Antwort an den Schriftführer abgesetzt. Da Hr. v. Bismarck dem Präsidium davon Kenntniß gab, hatte dieses nicht zu beurtheilen, ob es dem Beleidigten besser angestanden hätte, „eine andere in solchen Fällen übliche Genußthuung“ zu nehmen. Es mußte sich lediglich fragen, welches Schutzmittel es einem von ihm committirten Beamten zur Seite stellen könnte. Das einzige war die Entziehung des Platzes auf den bevorzugten Journalistentribüne, wodurch die Gelegenheit entzogen wurde, ferner mit den Schriftführern in Kontakt zu gerathen. Eine Warnung vorhergehen zu lassen, schien um so weniger geeignet, als Hr. v. Rochau schon einmal in der beleidigendsten Weise eine Anordnung des Bü-

reau's vor die Offenheit gezogen hatte, ungeachtet sie, auf seine Vorstellung an den Präsidenten, sofort zurückgenommen war. Wenn die Journalisten sich dem übrigen Tribünen-Publikum in jeder Hinsicht gleich stellen wollen, so hat das Präsidium keine größere Disciplinargewalt über sie, als über jeden andern Besucher der Tribüne. Wenn sie aber Vorzugsrechte in Anspruch nehmen, so müssen sie die daran geknüpften Verbindlichkeiten erfüllen, und dazu gehört vor Allem, daß sie die Beamten des Hauses nicht beleidigen. Gegen deren Ausschreitungen schützt sie die Beschwerde. Der hervorgezogene Gesichtspunkt, „daß ihre Zulassung von der größern oder geringern persönlichen Gunst abhängig sei“, ist nicht statthaft, da die Verfügung des Schriftführers, die allenfalls dieser Deutung unterliegen könnte, aufgehoben werden. Es ist um so frivoler, solche Beschuldigung dem Vorstand gegenüber zu erheben, als den Unterzeichnern, als Mitarbeiter meist liberaler Zeitungen, bekannt genug war, daß das Präsidium ganz, und der Gesamtvorstand zu neun Elstiel, aus Mitgliedern besteht, die ihre Gunst andern Zeitungen zuwenden, als welche von Herrn von Bismarck begünstigt werden. Um so dringender war aber die Verpflichtung der neu politischen Gegner, dem genannten Herrn den angesprochenen Schutz angeleihen zu lassen; die denn auch von dem gesamten Bureau einstimmig anerkannt ist.

Die Macht der Journalistik gegenüber diesem Parlament, dessen stenographische Berichte 5—6 Tage nach den Zeitungen herauskommen, ist ohnedies groß genug. Sie sollte eine Verpflichtung fühlen, sich durch Leidenschaftlosigkeit auszuzeichnen. Die 15 Herren würden aber gewiß Aufstand genommen haben, Rochau's Uebereilung beizutreten, wenn sie gewußt hätten, daß er in seinem Antwortschreiben an das Präsidium andeutet, daß die beleidigte Journalistik fortan eine andere Stellung einnehmen könnte, also das Präsidium (oder gar das ganze Volkshaus) um die persönliche Gunst der Herren von der Journalistenbank zu buhlen politisch genug sein sollte! (Const. 3.)

Köln, den 30. April. (Affisen-Procedur gegen Gottfried Kinkel und Genossen.) Präsident: Appellations-Gerichts-Rath Göbel. Öffentliches Ministerium: Staats-Procurator Möller. Vertheidiger: Advokaten Justizrath Kyll, Schneider II. und Hagen-Sikking vom 29. April, Morgens 8 Uhr. Zahlreiches Militair hält die Eingänge zum Justizgebäude und zum Affisenraale besetzt. Das Publikum drängt sich in Masse hinzu und hat den Saal bald so gefüllt, daß dessen Abschließung nötig wird. Gottfried Kinkel, 34 Jahr alt, geboren zu Obercassel, früher Professor an der Universität zu Bonn, jetzt Straßling im Zuchthause zu Naugard; Anselm Ungar, 45 Jahr alt, Kaufmann, geboren und wohnhaft zu Bonn; Ludwig Meyer, 22 Jahr alt, Student, geboren zu Bielefeld, wohnhaft zu Bonn, und Johann Bühl, 40 Jahr alt, Fuhrmann, geboren zu Düsseldorf und wohnhaft zu Bonn, sitzen auf der Bank der Angeklagten. Sechs andere Angeklagte, nämlich: Friedrich Annecke, Peter Joseph Gerhardts, Friedrich Hamm, Carl Schurz, Franz Joseph Klinker, Matthias Werner Rings sind flüchtig. — Kinkels äußere Erscheinung hat sich gegen früher nur wenig geändert; er ist mit einem gewöhnlichen Civil-Anzuge bekleidet; unterhält sich mit seinen Mitangeklagten, Vertheidigern und Freunden lebhaft, freundlich und, wie es scheint, oft scherzend, und nur ein früh ergrautes Haar und bleichere Züge erinnern an seine Schicksale in letzter Zeit. Die gegen ihn und die übrigen Beschuldigten erhobene Anklage geht dahin: „im Monat Mai 1849 zu Bonn ein Attentat verübt zu haben, dessen Zweck war, die bestehende Staatsverfassung umzustürzen, die Bürger oder Einwohner des Staates aufzureißen, sich gegen die königl. Gewalt zu bewaffnen, so wie einen Bürgerkrieg dadurch zu erregen, daß man die Bürger oder Einwohner des Staates gegen einander bewaffnete, oder verleitete, sich gegeneinander zu bewaffnen; Verbrechen, vorgesehen durch Art. 87 u. 91 des St.-G.-B.“; außerdem sind Kinkel und Ungar noch insbesondere beschuldigt: „im Mai 1849 eine Bande organisiert zu haben, welche den Zweck hatte, sich des dem Staate zugehörigen Zeughäuses zu Siegburg zu bemächtigen und dasselbe zu plündern; Verbrechen gegen Art. 96 des St.-G.-B.; so wie zu derselben Zeit durch Reden an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen die Bürger oder Einwohner des Staates unmittelbar und mit Erfolg angereizt zu haben, a) sich gegen die königliche Gewalt, so wie zum Zwecke des Umsturzes der bestehenden Staats-Verfassung und des Bürgerkrieges gegen einander zu bewaffnen; b) sich des königlichen Zeughäuses zu Siegburg zu bemächtigen und dasselbe zu plündern; Verbrechen gegen Art. 102 des Strafgesetzbuches, in Verbindung mit §. 13 der Verordnung vom 30. Juni 1849. — Endlich noch sind Meyer und Bühl insbesondere angeklagt, mit den Direktoren und Aufführern der zum Zwecke der Plünderung des Siegburger Zeughäuses im Mai 1849 organisierten Bande Einverständniß unterhalten zu haben; Verbrechen gegen Art. 96 des Strafgesetzbuches. (Die durch sämtliche angeführte Gesetze angedrohte Strafe ist der Tod und resp. die Verbannung.)

Von der Weichsel, den 27. April. Der Bischof von Ermland, Geriz, hat in Betreff der vielbesprochenen Eidesfrage in Übereinstimmung mit den Bischöfen von Münster, Trier und Breslau gehandelt.

Wesel, den 29. April. (Prozeß der Iserlohner Mai-Angelagten.) Zur Abhaltung dieses Monat-Prozesses, wozu der gewöhnliche Affisenraale sich als zu klein darstellt, sind die Räume des hiesigen Theater-Locales aufs zweckmäßigste eingerichtet. — Unter der Einföre von einer bedeutenden Militärmajäre werden kurz nach 8 Uhr sämtliche Angeklagte eingeführt. Bald darauf erscheint der Gerichtshof. Nachdem der Präsident mit dem Namens-Ausruft der Angeklagten begonnen, ergibt sich, daß Schuster Hagenau, Hennemann, Diez, Chfr. Höttler, Lotte und Klein fehlen. Dagegen befindet sich auf der Anklagebank Karl Bartels, welcher nicht geladen ist, weil die Frage: ob er vor das Kriegs- oder Schwurgericht gezogen werden soll, noch unentschieden ist. Doch stellt der Gerichtshof es ihm anheim, an den Verhandlungen mit Theil zu nehmen. — Nach einer Rede des Präsidenten an die Mitglieder des Hofs, der Staats-Anwaltschaft an die

Vertheidiger und an die Angeklagten, so wie an die Geschworenen, geht man zur Bildung der Jury über, und für heute wird mit der Konstituierung des Gerichtshofes geschlossen. Doch theile ich Ihnen vorläufig den Haupt-Inhalt des Anklage-Aktes, wie folgt mit. Derselbe berichtet in seiner Einleitung die Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung vom März v. J., wonach eine deutsche Reichsverfassung mit einer erblichen Kaiserwürde in dem Hause Hohenzollern beschlossen, wie hierauf eine Deputation nach Berlin gereist, die Krone angetragen, vom Könige von Preußen solche aber nicht angenommen worden sei. Er schildert sodann die in Folge dieser Ablehnung sich überall kund gegebene Aufregung, und wie selbst am 21. April 1848 in der zweiten Kammer zu Berlin die in Frankfurt festgestellte Verfassung für rechtsgültig anerkannt wurde. Hierauf geht die Anklageschrift speziell zur Aufregung der Grafschaft Mark über. Wenn — sagt dieselbe wörtlich — schon am 28. März zu Iserlohn, wo ein großer Theil der Bevölkerung die Wahl Sr. Majestät des Königs zum deutschen Kaiser durch Illumination der Häuser feierte, sich Volks-Bewegungen andererseits zeigten, die zwar durch das Einbrechen der Bürgerwehr unterdrückt wurden, so war doch nicht zu erkennen, daß gerade in dieser Stadt die Spannung über den Fortschritt der Ereignisse sich immer mehr hob, in den gegenüberstehenden politischen Ansichten die Stimmung schroffer, und dazu reichlicher Stoff in den politischen Verfahren ausgestreut wurde. — Sodann kommt dieselbe auf die damalige Einberufung der Landwehr, wie diese Maßregel auch das Iserlohner Bataillon betroffen, von diesem aber missbilligt, und als eine Verlezung der Bestimmung über den Beruf der Landwehr angesehen worden sei; daß sodann in verschiedenen Städten der Umgegend Volks-Versammlungen gehalten, worin ebenfalls, wie in Iserlohn, eine Adresse an das Staats-Ministerium beschlossen und, mit vielen Unterschriften versehen, abgegangen sei. Am 10. Mai kam es theilweise zum Ausbruch. Ein Trupp Menschen, mit Musik und einer Fahne an der Spitze, durchzog die Stadt bis zum Zeughaus. Die Bürgerwehr lehnte die Besetzung derselben ab, die Erfürmung und Voraubung erfolgte, und in ganz kurzer Zeit war die ganze Stadt mit Barricaden besetzt. Die bewaffnete Menge wählte den bisherigen Chef der Bürgerwehr, Kaufmann Alexander Loebecke, zu ihrem Führer, und es wurde eine Deputation an das Ober-Präsidium nach Münster entsendet, um die Stimmung der Stadt zu berichten. Gleichzeitig wurde mit dem Führer eines inzwischen herangerückten Militär-Kommandos die Übereinkunft getroffen, den Angriff auf die Stadt bis nach Mitternacht dieser Deputation zu verschieben. Die Deputation kehrte zurück, mit der Aufforderung des Ober-Präsidenten, binnen 48 Stunden die Waffen niederzulegen. Bei einer deßhalb abgehaltenen Volks-Versammlung fiel dieser Antrag durch, und da inzwischen von Hagen, Menden, so wie überhaupt aus der Umgegend von Iserlohn bewaffnete Zugänge kamen, so wurde ein Sicherheits-Ausschuß von zwölf Mitgliedern erwählt, welcher sich die Funktionen der Behörden in allen Theilen anzmaßte. Die Besprechungen dieses Comités — sagt nun die Anklageschrift — waren dahin gerichtet, einerseits Ordnung zu erhalten, andererseits aber das Einbrechen der Landwehr zu verhindern, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zu stützen und die unabdingbare Anerkennung der in Frankfurt beschlossenen Reichs-Verfassung zu erzwingen.

Dann folgt die wörtliche Abschrift einer von diesem Comite vertriebenen Proklamation, worin in grossen Worten die Handlungen des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel angeführt und Alles aufgefordert wird, sich mit ihnen zur Erreichung ihres großen Zweckes zu verbinden. Es wird noch der Telegraphen-Zerstörung Erwähnung gethan, und wie endlich dieses Comite zur zwangswise Erpressung von Lebensmitteln übergegangen sei, zu welchem Ende ebenfalls ein desfalsiges Schreiben an den Magistrat der Stadt wörtlich berichtet wird. Demnach wird das Einrücken der Truppen in die Stadt, die Besetzung der Barricaden und der Angriff der Insurgenten auf das Militair — wobei der Oberst-Lieutenant Schrotter und der Jäger-Günther vom 24. Inf.-Regt. tot auf dem Platze blieben — berichtet. „Was das Verbrechen“ — schließt die Schrift — „betrifft, worüber vorstehend das Bill entworfen, so liegt hier das Verbrechen des Auftrags, vorgesehen durch die Bestimmungen der §§. 167, 168, 169, Tit. 20 des Landrechts, der Verordnung vom Dec. 1798 und 17. Aug. 1835 vor, und es werden nun folgende Personen unter Anklage gestellt: 1) Wegen der Mitgliedschaft des Sicherheits-Ausschusses: Rechtsanwalt Schuhard, Fabrikarbeiter Süßberg, Auscultator Florianschus, Lehrer Fromme, Dr. med. Bering, Fabrikarbeiter Vollmer, Priv.-Sekretär Schomburg, Fabrikant Schlieper, Schuster Welte, Faktor Süßberg, Fabrikarbeiter Welte, Kaufmann Niese; die übrigen teils 2) Wegen Zeughaus-Stürmens und Telegraphen-Zerstörung, teils 3) Wegen bewaffneter Aufruhrs, theils endlich 4) Desgleichen aus Menden, Balne, Lüdenscheid, Altena und Umgegend von Hagen. Im Ganzen 67 Personen.“

Hanau, den 28. April. Die drei Haupt-Berurtheilten, D. Georg, P. Ludwig und J. Pfug, werden nach Marburg abgeführt. Alle drei haben Appellation gegen den Spruch des Amtsgerichtes eingereicht.

Frankreich.

Paris, den 28. April. (K. B.) Heute beginnt die entscheidende Wahlchlackt, in der die Parteien ihre offenen Feindschaften und ihre geheimen Hoffnungen durch die beiden Namen Leclerc und Eugen Sue ausdrücken. Der Zudrang zu den Mairien und den Wahl-Lokalien ist außerordentlich groß, und es lässt sich nicht ohne einige Wahrscheinlichkeit annehmen, daß, wie vielfach behauptet wird, von den 350,000 Wählern des Seine-Departements höchstens 40 bis 50,000 an der diesmaligen Wahl keinen Anteil nehmen werden, während am 10. März über 93,000 derselben an der Wahlurne fehlten. Der Sprache der Journals nach zu urtheilen, handelt es sich diesmal so gut, wie um Leben oder Tod. Diese Meinung muß auf den ersten Augenblick, wenn man blos das unmittelbare Resultat des heutigen Wahl-Alters ins Auge faßt, bestreiten; denn ob Sue oder Leclerc in die Nationalversammlung kommt und ob die socialistiche oder die conservative Partei ein paar tausend Stimmen mehr zählt, hat an sich weder Einfluß noch Interesse. Allein dieser Ausgeregtheit, mit der man die Wahl vom 28. April betrachtet, liegt die feste Überzeugung zu Grunde, daß dieselbe einen kritischen Moment im Gange der Geschichte bedeutet, jenseits dessen, welches auch der aus der Wahlurne hervorgehende Name sein mag, erste Ereignisse, Sieg oder Niederlage, Leben oder Tod liegen. Ein Ministerwechsel, ein Systemwechsel in der Politik des Präsidienten der Republik ist das Geringste, was man vorher sagen hört; man kündigt ganz ernstlich eine socialistiche Emeute für nächsten Dienstag, die Verlegung des Regierungssitzes und dergl. an. Der erste Artikel des heutigen „Napoleon“ unter dem Titel: „Die ersten Maßregeln des Konzilats“ kann unter diesen Umständen auch nicht unbemerkt vorübergehen. „Die Zeit“ beginnt derselbe, „in der der

erste Konsul die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten übernahm, kann in vielen Beziehungen der unserigen verglichen werden.“

— Der heutige Napoleon enthält unter der Aufschrift: „Paris und die Wahl vom 28. April“ einen Artikel, worin die Wahl vom 10. März als eine Mystifikation der Pariser dargestellt und über die neue Wahl folgendes bemerkt wird: „Was heute auf dem Spiele steht, ist mehr das Interesse und das Selbstgefühl der Pariser, als die Wichtigkeit dieses oder jenes Kandidaten: wenn die Pariser Eugen Sue wählen, so würde man sich über sie lustig machen.“

Paris, den 30. April, Abends 8 Uhr. Eugen Sue ist mit 128,000 Stimmen gewählt. Leclerc erhielt 117,000 Stimmen. — England hat in der Griechischen Frage die Französischen Vergleichsbedingungen angenommen.

Großbritannien und Irland.

London, den 26. April. (K. B.) Vor gestern fand in Crosby Hall eine Versammlung der „National Reform Association“ statt. Der erste Redner war ein Mr. Biggs aus Leicester, welcher den Anwesenden die Versicherung gab, daß man bei einer neuen Parlamentswahl in Leicester sicherlich radikale Parlaments-Mitglieder wählen werde. Das Volk jener Gegend setze kein Vertrauen auf das gegenwärtige Ministerium und werde es nicht beklagen, wenn dasselbe morgen gestürzt werde. Ein Bündnis zwischen den mittleren und arbeitenden Klassen sei nothwendig zum Gelingen des großen Werkes, welches der Verein anstrebe. Ohne eine solche Vereinigung sei es unmöglich, gegen die Aristokratie der Welt anzukämpfen. Die Steuern, unter welchen das Volk leidet, seien auferlegt zu Zwecken, die mit den Gefühlen, Interessen und Überzeugungen der bedeutenden Mehrheit des Volkes nichts zu thun hätten. Aus dem Beutel des Volkes ziehe man dem Laster und den Kindern des Lasters Pensionen. Viele Mitglieder der Pariser stammten von Königl. Bastarden ab; um den Thron sei ein Haufe unmöhrer Beamten, wie z. B. Park-Aufseher, Oberjägermeister, Stallmeister u. s. w. geschaart, die das bildeten, was Cobden einen Theil des barbarischen Pompos des Königthums nenne. Alle diese Albernheiten und Gräuel seien abzuschaffen, sobald die Ge- feggebung den Grundsätzen des Vereins gemäß zu handeln anfange. Darauf ergriff Cobden das Wort. Er gehe, sagte er, von der Ansicht aus, daß die Anwesenden mit dem Verhalten des Hauses der Gemeinen unzufrieden seien. Er selbst theile diese Unzufriedenheit. Das Haus der Gemeinen das Volk dar. Wenn es sich nun aber zeige, daß diese Vertretung in vielen Fällen nichts weiter sei, als Täuschung, Lug und Trug, so sei es ein Verrat an den Grundprinzipien der Verfassung, wenn man nicht den Versuch unternehme, die Vertretung des Volkes im Unterhause zu einer wirklichen zu machen. Cobden geht nun auf die finanzielle Reform über und führt die Vereinigten Staaten, die Schweiz und Norwegen als Musterstaaten in Bezug auf die ökonomische Finanz-Verwaltung an. Die Beseitigung mißliebiger Steuern hänge allein vom Unterhause ab. Er steh nicht an, zu erklären, daß für alle Fälle unweiser Ausgaben, großer Geld-Wertschleuderungen und ungerechter Besteuerung das Unterhaus allein verantwortlich sei, ja, daß es verschwenderischer sei, als die Regierung. Er glaube, daß die vorgenommenen Reduktionen mehr der Regierung, welche die Stimmung des Volkes berücksichtigt habe, als der Thätigkeit des Hauses zu verdanken seien. Wolle man nun eine Veränderung des gegenwärtigen Zustandes, so sei der einzige Weg dazu sichere und ausdauernde Arbeit. Einem anderen gebe es durchaus nicht. Wer dies nicht einsehe, wer davon träume, daß eine große moralische Veränderung durch gewaltsame Mittel, durch einen Straßenkampf zu Stande gebracht werden könne, der sei nicht wert, dem Vereine anzugehören. Der Redner entwickelt hierauf seine bekannten Ansichten über die Mittel, um zum Ziele zu gelangen (Bewilligung des kleinen freien Grundbesitzes), gesteht aber zu seinem großen Bedauern offen, daß die große Masse des Volkes die große Wichtigkeit, eine Stimme bei der Verfassung des Landes zu haben, nicht gehörig zu würdigen wisse. Die Macht des Unterhauses sei eine ganz ungeheure, nicht allein in Bezug auf die Angelegenheiten Englands, sondern auch auf die Europa's. Fast könne man es allmächtig nennen. Noch vor einigen Tagen habe er ein Parlaments-Mitglied sagen hören, das Haus könne Alles; nur könne es einen Mann nicht zum Weibe, oder ein Weib zum Manne machen. (Heiterkeit) Es sehe, behauptet er, gegenwärtig so aus, daß keine Kombination großer Parteiführer in irgend einer bedeutenden Frage eine Majorität sichern könne. Was sei der Grund davon? Die Aufzäh lung und Zertrümmerung aller alten Parteibeziehungen, die wie Staub in die Winde gestreut seien und die keine Macht der Erde wieder zusammenbringen könne. Ein solches buntes Durcheinander und zweckloses Hin- und Herumtreiben könne aber nicht lange mit einer ordentlichen Regierung bestehen. Die hervorragendsten Staatsmänner würden sich demnach genötigt sehen, die Mittel zu einem Wiederaufbau von Parteien außerhalb des Hauses, d. h. in der parlamentarischen Reform zu suchen. Das Englische Volk rüttne sich, im Stande zu sein, gleichviel, ob in Folge langer Gewohnheit oder Kälte des Temperamentes, eine große und aufregende Versammlung zu halten, und dann ruhig nach Hause zu gehen, ohne das Haus eines Ministers anzutinden, und den König oder die Königin fortzujagen. Der Grund davon liege in dem Zusammensetzen aller Volksklassen. Das Unglück auf dem Festlande schreibe sich daher, daß es den Massen an Männern von Intelligenz und Reichtum fehle, um ihre Bewegungen zu leiten. Wenn es je in England dazu kommen sollte, daß die Mittelklassen, ja, selbst daß die Mitglieder der Aristokratie sich weigerten, die arbeitenden Klassen in ihren Bemühungen zur Erlangung ihrer Rechte zu unterstützen, dann könne man dem alten Englischen System, das erfreute Ziel durch moralische Mittel zu erreichen, Lebewohl zurufen. Durch eine krampfhaft Anstrengung lasse sich zwar ein großer Schritt vorwärts thun, allein die Reaction, welche stets der Revolution folge, bleibe nicht aus, und während man rasche Fortschritte zu machen scheine, sei dies in der Wirklichkeit durchaus nicht der Fall. Nur durch Mäßigung, durch Gründe und durch das Appelliren an Fakten werde man zum Ziele gelangen. Darum möge man auf dem bisher betretenen Wege forschreiten; auf diese Weise werde man eine große Reform durchsetzen, und zwar auf immer. Von einem Rückwärtsblicken und Rückwärtsgehen werde hinterher nicht die Rede sein.“

Vocales sc.

Posen. — (Fortsetzung des Berichts über die Stadtverordnetenversammlung vom 1. d. M.) Der Vorsitzende theilt ein Schreiben der Regierung an den Magistrat mit, wonach erstere sich nicht veranlaßt findet,

die Anlegung einer eigenen städtischen Armen-Apotheke höheren Orts zu befürworten, weil ein Bedürfniß dazu nicht vorhanden sei. Der Magistrat fügt hinzu, daß, nachdem die hiesigen Apotheker der Stadt einen Rabatt von 33 $\frac{1}{3}$ Proc. bewilligt hätten, der Grund zu einer eigenen Dispensir-Anstalt wegfalle, indem es jedenfalls problematisch sei, ob durch letztere ein größerer Vortheil erzielt werden könnte; er schlägt daher vor, von der Errichtung einer solchen für jetzt abzustehen. Der Antrag des Herrn St.-V. Kraas: die ganze Sachlage noch einmal einer Kommissionsprüfung zu unterziehen, findet nicht die genügend Unterstützung; dagegen wird auf den Antrag des Herrn v. Crouzafaz die frühere Kommission mit einer Prüfung der Motive der Regierung beauftragt. Letztere empfiehlt außerdem die Anlegung von bleibenden Armen-Verzeichnissen, die den Armen-Arzten und Apotheken zu überweisen seien. — Hierauf wurde in der Theaterbelehrungs-Angelegenheit von dem Berichterstatter Prof. Müller, ein Vortrag gehalten, worin er darauf zurückwies, daß in der Stadtverordneten-Sitzung vom 9. Januar d. J., in der die Anlage eines Heizapparats zum Beschluß erhoben wurde, eine Kommission erwähnt worden sei, um unter Zuziehung der beiden Techniker, Herren Baurath Buske und St.-V.-Insp. Greter den im Frage stehenden Gegenstand einer näheren Untersuchung zu unterziehen, und demnächst Bericht darüber zu erstatten, auch falls die Beheizung für ausführbar befunden würde, ebenmäßig die nötigen Voranschläge vorzulegen. In Folge dessen traten die städtischen Deputirten, die Herren R. Naumann, Kramer, Kiewitz, Müller, Freudentreich, Klug, v. Crouzafaz und Küster mit dem Regierungs-Deputirten Herrn R. R. v. Schmelz und den Technikern Herren B.-R. Buske, B. J. Greter und B. J. Schinkel am 21. Januar e. zu einer Conferenz im hiesigen Schauspielhause zusammen. Einstimmig wurde erkannt, daß die Beheizung des Schauspielhauses nur mittels erwärmer Luft bewirkt werden könne, und daß der dazu erforderliche Heizapparat in den Kellerräumen des Hauses angebracht werden müsse. Bei näherer Besichtigung des Souterrains ergab sich, daß die Räume zu den Heizkammern nur unter dem Fußboden des Orchesters und des Parterres zu gewinnen seien, und zwar entweder unmittelbar hinter der Vorrichtung zum Anschrauben des Fußbodens an beiden Seiten des Hauses mit durchzubrechenden Zugängen von außen, oder zwischen den doppelten Fundamentmauern des Hauses unter den Korridoren, was noch weniger gefährlich sei. Eine Verschiedenheit der Ansichten gab sich nur darüber, ob zw. ei. Wärmeausströmungs-Apparate genügen dürften, oder ob nicht vier anzubringen seien. Außerdem wurde für nötig erkannt: 1) daß die Eingänge zum Hause mit dicht schließenden Doppelschlüssen versehen werden; bei dem südlichen, für das Publikum bestimmten Eingange würde es zweckmäßig sein, einen Vorbau anzubringen, in der Weise, daß selbst Wagen unter demselben vorfahren können; bei dem Eingange an der Nordseite sei unmittelbar hinter dem Treppenaufgang eine Wand zu ziehen; 2) daß das Dach über der Bühne mit Brettern verschalt und mit Rohrputz versehen, desgleichen der Schnürböden mit Teppichen belegt werde; 3) daß der Bodenraum über dem Zuschauer-Raume von dem Raum über der Bühne durch eine Wand abgesperrt werde; 4) daß die Korridore der Logen durch Verschläge und gut schließende Thüren rangweise abgesperrt werden. Nach der Beheizung des Schauspielhauses wurde in Erwägung gezogen, ob sich nicht ein Raum zur Einrichtung einer angemessenen Restauration gewinnen lasse, und ermittelt, daß, falls zu diesem Zwecke nicht ein eigener Anbau beliebt werde, der allerdings mit bedeutenden Kosten verknüpft sein dürfe, der erforderliche Raum sich unter dem Parterre und zwar an der Südseite in der ganzen Breite des Hauses gewinnen lasse. Dieser Raum würde durch eine Wand von den übrigen Souterrain-Räumen abzuschneiden sein, und den Zugang mittels einer Treppe, dem Haupteingange für das Publikum gegenüber, erhalten. Die Frage, ob sich nicht noch einige Zimmer für die Schauspieler gewinnen lassen? mußte nach genauer Beichtigung der Räume verneint werden. Schließlich wurde noch anerkannt, daß die Ausführung des Baues bis zum Frühling oder Sommer zu verschieben sei, und Herr Greter mit der Auffertigung der diesfalls nötigen Zeichnungen und Anschläge beauftragt. Nachdem letzteres geschehen, traten die oben genannten Mitglieder der Kommission am 9. April d. J. wiederum zusammen, um von dem Plane und von den Kostenanschlägen Kenntniß zu nehmen, und demnächst über die in der Sache selbst zu stellenden Anträge Beschluß zu fassen. Das Beheizungsprojekt wurde von dem der Restaurationslage abgesondert berathen. Nach den nötigen Besprechungen über die Construction des Beheizungsapparats wurde von den Technikern einstimmig die Ansicht ausgesprochen, daß bei der hierorts im Winter gewöhnlichen Kälte eine Temperatur im Schauspielhause werde zu erzielen sein, die dem Publikum den Besuch des Schauspielhauses nur angenehm machen könne. Die Kosten sind veranschlagt: 1) für Anbringung der Thüraufschlüsse zur Versicherung gegen Zugluft c. auf 288 Thlr. 25 Sgr. 3 Pf.; 2) für die Verschaltung des Dachraums 324 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf.; 3) für die Beheizungseinrichtung 1254 Thlr. In Summa auf 1867 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. Werden die Kosten auch auf die runde Summe von 2000 Thlr. arbitriert, so ist die Kommission doch der Ansicht, daß dieser Kostenaufwand zu den Resultaten, welche die Einrichtung verspricht, nicht in einem Mißverhältnisse stehe und sie stellt daher den Antrag: die Einrichtung einer Lustbeheizung des Schauspielhauses unter Zugrundelegung des Greter'schen Planes und Kosten-Ueberichts, — jedoch vorbehaltlich derjenigen Abänderungen in den Details, welche bei der Ausführung für nötig erkannt werden sollten, — zu beschließen. — In Bezug auf die Einrichtung einer genügenden Restauration im Schauspielhause war die Majorität der Kommission der Ansicht, daß, wenn die erforderlichen Fonds beschafft werden könnten, es am angemessensten sei, einen Anbau am Schauspielhause an der östlichen Längenseite des Hauses zur Ausführung zu bringen, und dadurch Räume zu beschaffen, welche geeignet wären, sowohl das Bedürfniß einer geräumigen und bequemen Restauration, als auch zugleich das Bedürfniß eines Konzertsaales und erweiterter Lokalitäten für die Schauspieler zu befriedigen. Für den Fall, daß die erforderlichen Fonds zu einem solchen Bau nicht sollten disponibel gemacht werden können, war die eine Hälfte der Kommission der Ansicht, daß das Projekt einer erweiterten Restaurationsanlage für jetzt ganz aufzugeben, während die andere Hälfte sich für die Ausführung des Greter'schen Planes in den Souterrain-Räumen erklärte, welche einen Kostenaufwand, laut Aufschlag, von 1925 Thlr. 2 Sgr. erfordert. — Nach Beendigung der Berichterstattung entspann sich eine lebhafte Debatte über diesen Gegenstand, indem der St.-V. Herr Kraas das Bedürfniß hervorhob, das heimige Theater in eine würdige, der Zeit angemessene Kunstanstalt umzuschaffen, da das Publikum ein Recht habe, ein gutes Theater, das als ästhetische und moralische Bildungsanstalt zu betrachten sei, und der Gesamtbevölkerung nur Vortheil bringen könne, zu verlangen, eine Ansicht, in der er von dem Stadtverordneten, Herrn Müller, unterstützt wurde, der

gleichfalls die Notwendigkeit eines größeren Umbaus hervorholte, und die daraus verwandten Kosten als nicht verloren betrachtet wissen wollte; wogegen Herr St.-V. Szymborski das ganze Projekt bekämpfte, indem er das Theater nicht als eine moralische Bildungsanstalt, sondern eher als das Gegenteil gelten lassen wollte, und in Beziehung auf die Beheizung die Ansicht aussprach, daß das Publikum, wenn es anders das Theater besuchen wolle, sich durch die Kälte nicht davon abhalten lasse. Die Herren St.-V. v. Cronsaz und Mamtroth sprachen für die Anlegung des Heizapparats, glaubten aber, daß die Anlegung eines Restaurations-Lokals, resp. ein Umbau des Theaters, nicht an der Zeit sei. Nach dem Schluß der Debatten wurde zuerst der Antrag des Herrn Kaaß — sich nicht auf die bloße Beheizung des Theaters zu befrüchten, sondern in Erwägung zu ziehen, ob durch einen umfassenden Bau nicht auch ein Restaurations-Lokal und zugleich eine Besitzigung anderer unbestrittenen Nebelstände zu gewinnen sei — bei namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 8 Stimmen verworfen; eben so wurde die Anlegung eines Tunnels mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt, dagegen die Beheizung des Schauspielhauses unter Zugrundelegung der Pläne und Anschläge des Hrn. Freter mit 17 gegen 3 Stimmen angenommen. (Schluß folgt.)

Gnesen, den 30. April. Das Ergebnis unseres Adalberts-Märkts läßt sich bereits übersehen. Der Verkehr auf demselben kann wieder, trotz des günstigen Wetters, nur als ein mittelmäßiger, zu den früheren Zeiten in keinem Verhältniß stehender, bezeichnet werden. Der Krammarkt war ziemlich lebendig, aber in dem Hauptgegenstande des Verkehrs, dem Pferde- und Viehmarkt, soll viel Flauheit geherrscht haben. Es waren zwar Pferde genug da, zum Theil aus ziemlicher Ferne, wie aus Ostpreußen und Krakau, und Manche von vorzüglicher Qualität, aber die Kauflust fehlte, und die auch sonst anderweitig hervortretende Geschäftslösigkeit machte sich auch hier fühlbar. Besonders gestern zeigte sich bei den Verkäufern große Unzufriedenheit; etwas mehr soll am heutigen Tage gehandelt sein, doch dürften von den etwa zum Verkauf gestellten 1500 bis 2000 Pferden im Verhältniß nur Wenige von der wertvolleren Qualität zu einem vortheilhaften Preise verkauft sein. Die Rindvieh-Markt ist an Quantität und Qualität immer nicht von großer Bedeutung, wie denn überhaupt unsere Gegend, gleich dem größeren Theil der Provinz, in der Rindviehzucht anderen Gegenden bedeutend nachsteht, wo ein größerer Reichtum an natürlichen Wiesen diesen Zweig der Agrikultur mehr begünstigt, als unsre, zwar fruchtbaren aber wischenarmen Hochebenen. Desto schlimmer wäre es, wenn auch die Pferdezucht, dieser Lieblingsgegenstand des Polnischen Gutsbesitzers, weil sie die Haupt-Kurstürtzel desselben, ein elegantes und schönes Gespann, liefert, durch fortgesetzten Mangel an Verkehr leiden sollte. Zum Theil ist dieser Mangel allerdings aus den Nachwolken der unseligen Wirren des Frühlings 1848 erklärt, und wäre die hieraus noch immer folgende Stockung der Geschäfte, und der einerseits durch die damals gebrachten materiellen Opfer, andererseits durch das noch immer nicht beseitigte Misstrauen in die Stabilität unserer Zustände hervorgerufene Geldmangel die einzige Ursach, so möchten wir für die Zukunft, bei der Wiederkehr festerer Zustände der Provinz, die Hoffnung hegen dürfen, daß der Verkehr auch hier sich wieder zu der alten Höhe erheben werde. Wir fürchten aber, die Zeiten, wo zu dem Gnesener Pferdemarkt von den verschiedensten Gegenden, selbst aus Podolien und der Ukraine die Verkäufer herbeiströmten und dabei ihre gute Meinung fanden; die Zeiten, wo eine Woche lang der tägliche Verkehr in den hiesigen Gasthöfen sich nach Hunderten rechnete und möblirte Zimmer fast in der ganzen Stadt selbst für die enormen täglichen Miethpreise nicht mehr zu haben waren; die Zeiten der eleganten Pferderennen, welche die halbe volée des Polenbums in Gnesen versammelten; — daß diese Zeiten für sehr lange, vielleicht für immer dahin sind. Daß der vorjährige Markt noch flauer war, als der diesjährige, kann freilich aus dem oben berührten Grunde ganz erklärliech sein, wie denn vor 2 Jahren der Markt, der Unruhen wegen, ganz ausfiel; aber auch vor dem Jahre 1848, ja selbst vor den unruhigen Bewegungen des Jahres 1846 war doch schon ein Sinken des Verkehrs bemerklich, und es können also die gegenwärtigen politischen Zustände der Provinz nicht die alleinige Schuld tragen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir vielmehr auch daneben noch andere Ursachen annehmen. Hierhin wäre zunächst die für alle Preußischen Grenzprovinzen nicht genug zu beklagende Russische Grenzsperrre zu rechnen, welche die Preußischen Märkte dem sonst hier vorzüglich handelnden Polnischen und Russischen Verkäufer verschließt und somit die kräftigsten Pulsadern des hiesigen Verkehrs unterbunden hat. Sodann aber tragen mittelbar die anderer Orte entstandenen und noch entstehenden leichteren Kommunikationsmitteln durch Chausseen und Eisenbahnen vielleicht einige Schuld. So lange als diese überhaupt fehlen, oder doch nur in geringerer Zahl und Ausdehnung vorhanden waren, erschien unser Ort vor andern nicht benachtheilt; nachdem sich aber der Verkehr jeder Art immer mehr und immer ausschließlich nach den Orten und Gegenden hinwendet, welche durch vergleichende Kommunikationsmittel in bequemerer Verbindung stehen, scheint uns von vorn herein die notwendige, aber freilich für unsere Stadt sehr traurige Folge, daß die, von dem immer allgemeineren Eisenbahn- und Chaussee-Netz ausgeschlossenen Orte immer weiter in den Hintergrund des Verkehrs treten. Wir müssen also auch hier wieder in den alten Notruf eintreten, der schon von so verschiedenen Seiten erhoben ist, daß die Provinzial-Behörden sich wieder und immer wieder bei dem Gouvernement für die Heranziehung der Provinz in das allgemeine Eisenbahn- und Chaussee-Netz des Staats verwenden möchten, ehe es zu spät ist, und der noch übrige größere Verkehr sich ganz und gar in andere Bahnen gezogen hat. So lange es freilich den Bemühungen des Gouvernements nicht gelingt, eine Aenderung in dem jetzigen Grenz-Zollsystem Russlands zu erwirken, wird für den Verkehr unserer Stadt immer doch noch eine bedeutende Lähmung fühlbar sein.

Auch der Herr Oberpräsident v. Beurmann hat zu dem Markte unsere Stadt mit seinem Besuch beeckt, doch war seine, wie man sagt, in Privat-Angelegenheiten begründete, Anwesenheit nur von sehr kurzer Dauer. Der Herr Erzbischof hat uns bereits seit mehreren Tagen wieder verlassen.

Stadt-Theater in Posen.

Sonntagsabend den 4. Mai zum Dritten- und Letztenmale: Berlin bei Nacht; eine Zeitposse mit Gesang, Tanz und Masken-Aufzügen in 3 Akten von Dr. Kalisch, mit alle den nachträglich componirten Couplets und Einlagen. Die Musik ist theils neu componirt, theils nach bekannten Melodien angelegt.

Heute Nachmittag 4½ Uhr wurde meine Frau,

der als Rath an das Appellationsgericht zu Marienwerder versezt bisherige Direktor des hiesigen Kreisgerichts, Rauchfuß, ist am Ende der vorigen Woche mit seiner Familie bereits nach seinem neuen Wohnorte abgereist, ohne daß bisher über die anderweitige definitive Besetzung seiner hiesigen Stelle etwas Bestimmtes verlautet hätte. Vorläufig sind die Direktorat-Geschäfte dem Landgerichtsrath v. Potrywolski zur Verwaltung übertragen worden. Vor dem Abgang des Direktors Rauchfuß wurde demselben zum Abschiede von den Gerichtsbeamten ein Mittagsmahl veranstaltet, an dem sich auch mehrere andere Beamte mit betheiligt hatten.

Der hiesige Landratsamts-Verweser hat, dem Vernehmen nach, nun auch in den übrigen Polizei-Districten des Kreises die Vereidigung der Beamten, namentlich der Lehrer, auf die Verfassung vorgenommen. Eine Verweigerung des Eides soll auch hierbei nirgends stattgefunden haben. Hierbei ist noch ein Irrthum in einer früheren Korrespondenz von hier zu berichtigten. Es heißt dort, daß neben den Post-Bedienten auch die Beamten des Steuerfaches noch nicht auf die Verfassung vereidigt seien. Dies ist jedoch, wie wir nachträglich erfahren haben, bereits vor mehreren Wochen, bei der Anwesenheit ihres dessalltigen Vorgesetzten, bereits geschehen.

Musterung polnischer Zeitungen.

Die Gazeta Polska wendet in No. 101. ihre Aufmerksamkeit noch einmal dem Erfurter Reichstage zu. Sie meint, derselbe habe von vornherein nicht die Mission gehabt, die Grundsätze einer politischen Vereinigung der ganzen Deutschen Nation festzustellen, sondern nur ein Werkzeug in den Händen der Preußischen Regierung, eine Leiter zu sein, auf der das Potsdamer Cabinet sich zu größerem Einfluß in Deutschland erhebe. Er habe diese seine Mission erfüllt und die Einverleibung einiger kleiner Deutschen Länder in den Preußischen Staat bestätigt, und darum sei er nun entlassen worden. Indessen sei es doch noch sehr zweifelhaft, ob die Erfurter Theorien in der Praxis je zur Ausführung gelangen werden; jedenfalls sei es in dieser Hinsicht keine glückliche Vorbedeutung, daß die Deutsche Reform in dem Augenblick, wo der Reichstag aufgelöst wird, die Zurückziehung der Russischen und Österreichischen Truppen von den Preußischen Grenzen meldet, und der General Wrangel seinen Soldaten das Tragen der Deutschen Kokarde verbietet. „Für uns“, fährt die Gazeta fort, „bleibt das Erfurter Parlament in doppelter Hinsicht denkwürdig. Wir haben es auf ihm noch einmal vor der Deutschen Nation ausgesprochen, daß unsere Rechte und unser nationales Leben unantastbar sind und nicht berührt werden von den niedrigen Angriffen jenes Parlamentes, die nur so lange dauern, als die Gewalt sie schützt. Das Erfurter Parlament hat darauf, als ob es sich an uns rächen wollte, die Worte aus der Constitution gefürt, welche uns die Erhaltung des thuersten Gutes, unserer Muttersprache, garantirten. Wie nun von dem Erfurter Reichstage nichts anderes übrig geblieben ist, als das leere Traumbild der Einverleibung und Demarkation des Großherzogthums, so wird man einst in späterer Zeit von diesem Reichstage auch nichts weiter sagen können, als: Er fiel mit roher Knechtheit über das letzte Erbe der Polnischen Nationalität her!“

Der Dziennik Polski, das einzige größere Blatt, welches unter den Polen die Demokratie vertritt, hat von der aristokratischen Partei, die allmächtig die demokratische Maske, hinter der sie sich im Jahre 1848 versteckt hatte, ganz abgelegt hat, sehr viel zu leiden. Die Gazeta polska, die früher die extremen demokratischen Grundsätze verfocht, ist mit sammt ihrem Redakteur in das Lager der Aristokrat-Hierarchie übergegangen, und hat an dem Przyglad Poznański und dem Czas wacker Mitkämpfer. Dieser ganze aristokratisch-hierarchische Chorus zieht fast täglich gegen den Dziennik zu Felde. Aber der Leitere vertheidigt sich wacker. So hat sich zwischen ihm und dem Czas jetzt wieder ein heftiger Kampf entsponnen. Ein Londoner Correspondent des Dziennik hatte den Czas bei Gelegenheit reaktionär genannt und ihn beschuldigt, daß er im Dienste der Feinde Polens stehe. Dadurch natürlich aufs Höchste erbittert, fällt der Czas über den Dziennik her und läßt auch kein gutes Haar an ihm. Er beschuldigt ihn ultra-demokratischer Grundfäule und weist nach, daß diese für Polen höchst verderblich seien. Dabei macht er der Gazeta Polska den Vorwurf, daß sie mit dem Dziennik viel zu gelinde umgehe, ihn viel zu sehr schone, und nicht den Muth habe, die Sachen und Personen beim rechten Namen zu nennen, nämlich so, wie sie selber von ihnen denke. Den Grund dieses feigen Zurückhaltens der Gazeta sieht der Czas in der eigenen, nicht vorwurfsfreien Vergangenheit derselben, und in dem moralischen Terrorismus, der gegenwärtig noch immer in Posen herrscht. Darauf erwidert nun der Dziennik in No. 101. Folgendes: Wir registriren aus dem polnischen Artikel des Czas folgende Fakta: der Czas behauptet, 1) daß im Jahr 1848 im Posenschen und in Galizien ein moralischer Terrorismus herrschte, welcher der nackten Wahrheit den Mund verschloß; 2) daß Galizien von diesem Terrorismus gegenwärtig befreit sei, so daß man da nunmehr unbehindert die nackte Wahrheit aussprechen und schreiben könne, daß derselbe aber im Posenschen noch nicht ganz verschwunden sei. Was für eine Folgerung läßt sich daraus ziehen? Wahrschlich eine Folgerung, die für den Czas nicht sehr schmeichelhaft ist. Also damals, wo die uns feindlichen Regierungen Österreichs und Preußens am heftigsten erschüttert waren, wo die Hoffnungen des zerrissenen Polens mächtig wieder auflebten, wo die unbeschrankte Freiheit der Presse den Unterdrückten gestattete, ihre Gefühle laut werden zu lassen, um ihre früher geknebelte Meinung öffentlich auszusprechen: — damals seufzte der Czas und seine Parteigenossen unter dem Druck des Polnischen Terrorismus! Aber heute, wo seine feindlichen Regierungen ihre früheren Gewalt wieder erlangt haben, wo die nationalen Gefühle und Hoffnungen bis in das Innerste des Herzens mit Gewalt wieder zurückgedrängt werden, heute unter der Herrschaft der Österreichischen Ausnahmegesetze, unter dem Schutze der Österreichischen Censur, der Österreichischen Bajonette und Belagerungsgeschütze, heute ist dem Czas etwas leichter auf dem Herzen, heute fühlt er sich freier, und meint, Alles habe sich zum Besseren gewendet! Und wie? — Wird man nun noch fernere den Gutmütigen

eintreden wollen, daß es keine Polnische Reaktion giebt, welche in Diensten der Reaktion unserer Feinde steht?

Berantw. Medaileur: E. G. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 3. Mai.

Laut's Hotel de Rôme: Ost. v. Liche a. Grochow; Partik. v. Liche a. Klewischoff; die Kaufm. Mannskr. Behrendt u. Pech a. Frankfurt a. M.; Kaufm. Bremer a. Stettin.

Bazar: Gutsb. Bojanowski a. Ostrowieck; Pächter Tesko u. Student Waligorski a. Tarnowo; Student Stablewski a. Sliwno; Frau Gutsb. Stablewka a. Dłoni; Gutsb. J. Stablewski a. Nietzianow; Gutsb. Lacki a. Szlaczew; Gutsb. Wolniewicz a. Dembiez; Gutsb. Szczaniecki a. Boguszyn; Gutsb. Ociek a. Napachanie; Pächter Matek; Skupin; Gutsb. Kleszczewski a. Kożlowo; Gutsb. Westphal a. Kieśle; Gutsb. Stablewski a. Dłoni.

Hotel de Bayrière: Gutsb. Breza a. Jankowice; Gutsb. v. Kierski a. Murzynow; Partik. Lorenz, die Kaufm. Niedmann, Hinze, Matthes, Janiger und Wendland a. Berlin; Postgehilfe Seypner a. Punz; Gutsb. v. Baranowski a. Obieleno; Baumeister Hirt a. Löwen.

Goldene Gans: Gutsb. v. Moraczewski a. Chalamy.

Hotel de Berlin: Distr.-Kommiss. Luszczynski a. Stęszew; Postkassenkontrolleur Lehmann a. Breslau; Kaufm. Laspe a. Kernode.

Hotel de Vienne: Gutsb. Graf Poninski aus Breslau; Bevollm. v. Haydes a. Mikoslaw.

Weisser Adler: Rentier v. Gumpert a. Wągrowiec; Distr.-Kommiss. Käuer a. Wierzowna; Distr.-Kommiss. Emmer a. Kotowo.

Hotel de Pologne: Wühlen; Schendel a. Czerniejewo; Strom-Auss. Hoffmann a. Oborn; Musius Tauber a. Premnis.

Große Eiche: Die Pächter Drzyzki u. Chłapowski a. Pakrzyn; Pächter Przybylski a. Aroszec.

Im Eichkranz: Kaufm. Eichbaum a. Schlochau; Kaufm. Mankiewicz a. Lissa; Dr. med. Krißler u. Kaufm. Zippert a. Gnesen.

Im eichenen Born: Die Kaufm. Nathan, Marcus und Wurst a. Mikoslaw; Handelsm. Krüger a. Danzig; Handelsm. Raschke a. Lissa; die Handelsl. Rein und Rubert a. Krajante; Frau Kaufm. Caro a. Mikoslaw.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 5. Mai e. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche: Vm. u. Nachm.: Ein Kandidat.

Ev. Petrikirche: Vm.: Ein Kandidat.

Am 9. Mai Vm.: Herr Conf.-Rath Dr. Siebler.

Garnisonkirche: Vm.: Ein Kandidat. — Nachm. 2 Uhr: Herr Div.-Pred. Bork.

Am 9. Mai Vm.: Herr Milit.-Oberpred. Niess.

Christkathol. Gem. Vm. u. Nachm.: Herr Pred. Post.

Am 9. Mai Vm. u. Nachm.: Derselbe.

Ev. Luther. Gem.: Vm.: Der Gottesdienst durch einen Lector abgehalten.

Am 9. Mai Vm.: Herr Pastor Böhlinger.

Im Tempel des Israel: Brüder-Vereins. Sonnabend Vm. 9½ Uhr: Herr Pred. Dr. Goldstein.

In den Parochien der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 26. April bis 2. Mai 1850:

Geboren: 5 männl., 7 weibl. Geschlechts.

Getorben: 5 männl., 3 weibl. Geschlechts.

Gezraut: 18 Paar.

Markt-Bericht.

Posen, den 3. Mai. Weizen I Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf. bis 1 Rthlr. 27 Sgr. 9 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Gerste 20 Sgr. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 17 Sgr. 9 Pf. bis 20 Sgr. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Erbsen 24 Sgr. 5 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 13 Sgr. 4 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Heu der Centner zu 110 Pfund 25 Sgr. bis 1 Rthlr. Stroh, das Schot zu 1200 Pfund 5 Rthlr. bis 6 Rthlr. Butter ein Fass zu 8 Pf. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr. Marktpreis für Spiritus. (Nicht amtlich.) Pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles: 12—12½ Rthlr.

Berliner Börse.

	Den 2. Mai 1850.	Zins	Brief	Wold
Preussische frei. Anleihe.	5	—	105½	
Staats-Schuldscheine.	3½	86½	86½	
Seehandlungs-Prämien-Scheine.	—	103	—	
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—	
Berliner Stadt-Obligationen.	5	104	—	
Westpreussische Pfandbriefe.	3½	90½	89½	
Grossh. Posener	4	—	100	
Ostpreussische	3½	90½	89½	
Pommersche	3½	96	95½	
Kur- u. Neumärk.	3½	96	95½	
Schlesische	3½	96½	—	
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—	
Preuss. Bank-Anteil-Scheine	—	—	93	
Friedrichsdorf	—	13½	13½	
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½	
Disconto.	—	—	—	
Eisenbahn-Actionen (voll. eingez.)	4	—	88½	
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	95½	
Prioritäts-	4	—		

Bekanntmachung des Zustandes der Fonds des Landschaftlichen Kredit-Vereins im Großherzogthum Posen.

Das Landschaftliche Pfandbriefs-Auslehn beträgt:

a) in 4 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefen	13,759,200 Rthlr.
b) in 3 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefen	11,521,160 Rthlr.
	zusammen = 25,280,360 Rthlr.

Hier von sind abgelöst:

1) Durch planmäßige Tilgung:	
a) in 4 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefen	4,578,950 Rthlr.
b) in 3 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefen	1,377,320 Rthlr.
2) durch Kündigung Seitens der Pfandbriefs-Schuldnner:	
a) in 4 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefen	949,550 Rthlr.
b) in 3 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefen	11,020 Rthlr.
	zusammen = 6,916,840 Rthlr.
	18,363,520 Rthlr.

es bleibt mithin ein Pfandbriefs-Kapital von von welchem die Zinsen an die Pfandbriefs-Inhaber pünktlich gezahlt worden sind.

Zum Salarien- und Kosten-Fonds sind von Johanni 1848 bis einschließlich Johanni 1849 eingegangen:

1) die Zinsen von den in dem eigenthümlichen Fonds vorhandenen Pfandbriefen	26,072 Rthlr. 19 Sgr. 6 Pf.
2) Gebühren für neu ausgesetzte Pfandbriefe	4,158 - 18 -
3) das von den Schuldnern zur Bezahlung der Verwaltungskosten bezahlte $\frac{1}{4}$ pro Cent	58,880 - 10 - 10 -
4) an außerordentlicher Einnahme, nämlich Verzugszinsen, De-	
postaal-Gebühren, Miete von den im Landschaftshause ver-	
mieteten Lokalen und vergleichen	2,660 - 10 - 8 -
	Summa = 91,771 Rthlr. 29 Sgr. — Pf.

Verausgabt ist dagegen, zu den Gehältern, Pensionen, Gratifikationen, Diäten und Reise-Gebühren, Verwaltungskosten des Landschaftshaus, Auslagen für die Zahlung der Pfandbriefszinsen in Berlin und Breslau, Porto und Botenlohn, Insertionen, Drucksachen, Pfandbriefs- und Schreibmaterial, Beleuchtung und Beleuchtung, so wie sonstige Bureau-Kosten

Es verbleibt daher ein Bestand von welcher zu dem eigenthümlichen Fonds der Landschaft vereinnahmt worden.

Zu diesem Fonds gehört das Landschafts-Gebäude und das für die Landschaft mit 14,650 Rthlr. auf den, auf dem Graben hierselbst sub No. 31. und 32. belegenen Grundstücken eingetragene Kapital, zu dessen Amortisation sich bereits 1420 Rthlr. in 3 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefen und 136 Rthlr. 13 Sgr. 6 Pf. baar in der Landschafts-Kasse befinden.

Die Gesammtsumme des eigenthümlichen Fonds besteht gegenwärtig aus 357,650 Rthlr. in 4 $\frac{1}{2}$ und aus 480,740 Rthlr. in 3 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefen.

Schließlich wird noch angeführt, daß in den Jahren 1848 und 1849 Seitens der Gläubiger 828,275 Rthlr. 4 $\frac{1}{2}$ Pfandbriefe gekündigt und die Baluta dafür nach dem Nennwert in den Zahlungs-Termen baar ausgezahlt worden, ferner daß von diesen Pfandbriefen nur 76,100 Rthlr. für und sogar über den Nennwert verlaufen, der Überrest dagegen zur Hälfte schon eingegangen ist, die andere Hälfte aber noch im Laufe dieses Jahres aus dem eigenthümlichen Fonds zum Tilgungs-Fonds herübergekommen werden wird, so daß die Landschaft durch die erwähnten Kündigungen fast keinen Verlust erleidet.

Posen, den 1. Mai 1850.

General-Landschafts-Direktion.

Es ist auf die Amortisation nachstehender Westpreußischen Pfandbriefe angetragen:

Name und Wohnort des Extrahenten.	B e z e i ch n u n g		U r s a c h e der Amortisation.
	der Pfandbriefe.	der Summe Rthlr.	
1 Kaufmann Albert Wiese zu Bromberg	No. 72. Pnyczyn = 35. Zalesie = 45. Brostowo = 25. Dombrwo = 19. Leng	100 200 100 200 200	{ Danzig Schneidemühl Bromberg Bromberg Bromberg
2 Kirche zu Penchowo bei Bromberg	No. 72. Sobieszczi = 65. Mocheln	50 25	{ in der Nacht vom 3. zum 4. Sept. 1843 entwendet
NB. Die sub No. 2. bezeichneten Pfandbriefe sind für die Kirche zu Penchowo außer Cours gesetzt.			
3 Kaufmann Wilhelm Con- wens zu Danzig	No. 4. Pucbrowo A. = 14. Lukoszyn A.	25 25	{ Danzig verdorben.
4 Benedict und Marianne Sobinskische Eheleute zu Radlowo bei Mogilno	No. 248. Behle = 30. Lukoszyn = 11. Sobieszczie	300 500 600	{ Schneidemühl Bromberg Bromberg
5 Katholische Kirche zu Jaryce bei Inowraclaw	No. 20. Bozejewice	500	Bromberg verbrannt.

Es werden daher die etwanigen Inhaber der bezeichneten Pfandbriefe hierdurch aufgefordert, sich spätestens den 15. Mai 1851 Mittags 12 Uhr bei unserem Syndikus, Appellationsgerichts-Rath Ulrich in dem hiesigen Landschaftshause mit ihren Ansprüchen auf die bezeichneten Pfandbriefe zu melden, oder die gänzliche Amortisation dieser Pfandbriefe zu gewärtigen.

Urkundlich unter dem Siegel und der gewöhnlichen Unterschrift ausgestellt.

Marienwerder, den 12. April 1850.

Königl. Westpreußische General-Landschafts-Direktion. v. Rabe.

Bekanntmachung.

Der auf den 14. Mai d. J. zur Verpachtung der Güter Rojow, Schildberger Kreises, auberauante Termin wird hierdurch auf den 18. Juni d. J. verlegt.

Posen, den 30. April 1850.

Provinzial-Landschafts-Direktion.

Allen Freunden und Bekannten bei meinem Abgang nach Schlesien ein herzliches Lebewohl.

Posen, am 3. Mai 1850.

G. Lanber.

Da ich anderer Geschäfte halber am 29. April e. die mir zum Aufbewahren übergebene Kasse des Heiraths-Ausstattungs- und Sterbe-Vereins für die Provinz Posen an den jetzigen Vereins-Mitgliedern Herrn Kurzhals auf Anweisung des Vorstandes übergeben habe, so zeige hiermit, um Irrungen zu vermeiden an, daß ich zu genanntem Vereine in keiner Beziehung mehr stehe.

Hermann Baarth.

Bekanntmachung.

garantiert vom Herzog von Nassau, Friedrich Prinz von Preußen, Herzog von Meiningen u. bietet Gewinne von fl. 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000, 10,000, 10 à 5000 u. Nächste Ziehung am 15. Mai 1850. Zu diesem soliden und in jeder Hinsicht vortheilhaften Spiel empfiehlt Loose einzeln à 1 Rthlr., 2 Stück 2 Rthlr., 4 Stück 3 Rthlr., 9 Stück 6 Rthlr., 20 Stück 12 Rthlr., 55 Stück 30 Rthlr. unterzeichnetes mit dem Verkauf beauftragtes Großhandlungshaus.

Julius Stiebel jun., Banquier,

Bureau: Wollgraben in Frankfurt a/M.

Ein unverheiratheter, militärfreier und beider Landessprachen gleich kundiger Wirtschaftsbeamter, kantonsfähig und mit guten Attesten versehen, sucht sofort oder von Johanni d. J. ab ein Unterkommen als Amtmann oder Wirtschafts-Dirigent. Nähere Auskunft ertheilt Niklaus in Kosten.

Bad Homburg, bei Frankfurt a/M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeressfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg**. Zu den älteren, längst in hohem Ruf stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch neue durch artesische Bohrungen hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen ungewöhnlichen Ruf unter den Mineralwassern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen fünf Quellen in **Homburg**, deren Analyse von dem berühmten Professor Liebig in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine einzige Quelle, die nur verschiedenartig modifiziert ist, betrachtet werden. Die mineralischen Hauptbestandtheile bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzte ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speziellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innere Gebrauch des Wassers, besonders wenn es frisch an der Quelle getrunken wird, und die Vergiftung, die Bewegung, die Zersetzung, das Entfernen von allen Geschäftens und jedem Geistreiche des Städtelebens, unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburg's** sind erregend, tonisch, auflösend und abschließend, sie betätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Funktionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigentümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen, und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolg findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber und der Milz**, bei **Hypochondrie**, bei **Urinleiden**, bei **Stein**, bei **Gicht**, bei **Gelbsucht**, bei **Hämorrhoidalleiden** und **Verstopfungen**, sowie bei allen **Krankheiten**, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunktionen herrühren.

Mit dem Rufe **Homburg's**, der sich seit 9 Jahren stets gehobt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der alten ist eine neue Stadt entstanden, mit prächtigen Hotels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Komfort gewähren, und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisieren.

Die Waldbungen und Bergketten, die **Homburg**

mit einem reizenden Gürtel umrunden, und die wahrhaft romantische und pittoreske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Kurgebäude, welches das ganze Jahr hindurch geöffnet bleibt, erregt durch das Grosartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung. Es enthält einen Ballaal, einen Konzertsaal, viele geschmackvoll dekorirte **Conversationsäale**, wo Roulette und trente et quarante mit namhaften Vortheilen für die Spielenden vor andern Banken gespielt wird, ein großes **Lesekabinett**, das ungemein für das Publikum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **Deutschen, Französischen, Englischen, Russischen und Holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphalt-Terrasse des Kurgartens führen, und einen Speise-Salon, wo um ein Uhr und um fünf Uhr **Table d'hôte** ist.

Das rühmlichste bekannte **Kur-Orchester** von dreissig Mitgliedern spielt dreimal des Tages: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musik-Pavillon des Kurgartens und Abends im großen Ballaal.

Jede Woche finden **Reunions**, Bälle, wo die gewählteste Bade-Gesellschaft sich versammelt, und Konzerte der bedeutendsten durchreisenden Künstler statt.

Die Sommer-Saison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1850.

Englischen Privat-Unterricht ertheile ich auf Verlangen in Familien oder zu Hause.

J. F. Döring, engl. Sprachlehrer, Gerberstr. 19.

Mein Mühlgrundstück, bestehend aus einer zweigängigen Wassermühle und 100 Morgen Land, nahe der Stadt Pudewitz und 3 Meilen von Posen, beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen. Hierauf Neßtettende erfahren das Nähere durch portofreie Briefe beim Pächter Kühle in Kursch-Mühle.

Es wird ein lederner Blasebalg zu kaufen gesucht; der Verkäufer wolle sich in Nr. 17. Gerber- und Breite-Straßen-Ecke zwei Treppen hoch melden.

Mit dem heutigen Tage habe ich meine „Apotheke zum weißen Adler“ nebst homöopathischer Dispensir-Aufstalt dem Herrn Apotheker J. Jagielski überlassen; sage dem geehrten Publikum für das mir geschenkte Vertrauen und Wohlwollen meinen innigsten Dank und füge die ergebene Bitte hinzu, dasselbe auf meinen Herrn Nachfolger geneigt übertragen zu wollen.

Posen, den 1. Mai 1850.

Eduard Wagner.

Bezug nehmend auf Vorstehendes zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich die „Apotheke zum weißen Adler“ mit dem heutigen Tage übernommen und bestrebt seyn werde, durch prompte und treue Pflichterfüllung mit das Vertrauen, welches meinem Herrn Vorgänger in so reichem Maße geschenkt worden, zu erhalten.

Posen, den 1. Mai 1850.

Joseph Jagielski.

Couleurte Französ.
Batiste,
à 5 und 6 Sgr. pro Elle, effeirt

Simon Katz,
Wilhelmsstr. No. 10.

Durch einen sehr vortheilhaftem Einkauf in leichter Leipziger Messe bin ich im Stande, nachstehende Waaren unterm Fabrik-Preise zu verkaufen, nämlich:

Atlas, schwarzen Gros favori, dvo.

Lustre, dvo. in allen Gros grain moirée, dvo.

Lustrine changeant, klein kartir und gefreist

Longe Châles, französische in Wolle, Lücher, dvo. in Wolle, acht französisch, Crêpe de chine, Lücher véritable in al-